



**BUND**  
**Naturschutz**  
**in Bayern e.V.**

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

**Richard Mergner**  
**1. Vorsitzender**

Bauernfeindstraße 23  
90471 Nürnberg  
Tel.: 0911/81878-10  
Fax: 0911/869568

richard.mergner@  
bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

BUND Naturschutz in Bayern e.V. · Bauernfeindstraße 23 · 90471 Nürnberg

Staatsminister Christian Bernreiter  
Bayerisches Staatsministerium  
für Wohnen, Bau und Verkehr  
Franz-Josef-Strauß-Ring 4  
80539 München

(vorab per Email an Vorzimmer Staatsminister

[Vesna.Kolevska@stmb.bayern.de](mailto:Vesna.Kolevska@stmb.bayern.de)

[Yvonne.Maisberger@stmb.bayern.de](mailto:Yvonne.Maisberger@stmb.bayern.de) )

Unser Zeichen  
Datum

##b#VMK\_49Euro-Ticket\_240919  
19. September 2024

## Offener Brief

### 49-Euro-Ticket erhalten und nicht verteuern

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

am kommenden Montag werden Sie auf der Sondersitzung der Verkehrsminister:innen der Länder über die Zukunft des 49-Euro-Tickets entscheiden. Wir fordern Sie auf, sich bei den Verhandlungen für eine langfristige und preisstabile Absicherung dieses Angebots einzusetzen! Das sogenannte „Deutschlandticket“ ist nicht nur ein sozialpolitischer Erfolg, der vielen Menschen mehr kulturelle und soziale Teilhabe ermöglicht, sondern auch ein Meilenstein auf dem Weg zu einem nachhaltigen Verkehrssystem und zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen insbesondere im Verkehrssektor.

Wird das 49-Euro-Ticket zu einem 59-Euro-Ticket, werden große Teile der Bevölkerung von seinem Erwerb und damit von der flächendeckenden Nutzung des ÖPNV ausgeschlossen. Wir sind daher sehr enttäuscht, dass Sie sogar schon von einem 64-Euro-Ticket sprechen. Eine Untersuchung zeigt, dass bereits bei einem Preis von 59 Euro bis zu 2,9 Millionen Deutschlandticket-Abos gekündigt werden könnten. Zum anderen befürchten wir, dass je nach der politischen Konjunktur nächstes Jahr der Finanzierungsanteil des Bundes in Frage gestellt wird – das wäre das Ende dieses wichtigen Projekts. Deshalb müssen bereits jetzt die Finanzierung und eine Preisstabilität auch für das Jahr 2026 sichergestellt werden. Eine langfristige Finanzierung kann beispielweise über die Mittel des europäischen Klima- und Sozialfonds ab 2026 erfolgen.

Um seinen Nutzen voll entfalten zu können, muss das 49-Euro-Ticket nicht nur erhalten, sondern durch flankierende Maßnahmen gestärkt werden. Konkret braucht es daher eine Aufstockung der Regionalisierungs- und GVFG-Mittel und gezielte, massive Investitionen in den Ausbau und die Verbesserung der Angebote bei Bussen und Bahnen sowie ein ergänzendes Sozialticket.

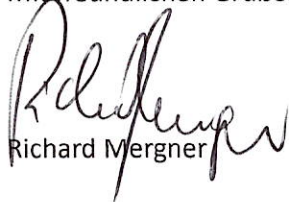
Denn das 49-Euro-Ticket hebt noch lange nicht alle Potenziale. Schon zum gegenwärtigen Standardpreis ist das Ticket speziell für Familien, Kinder und Jugendliche sowie für Menschen mit geringem oder keinem Einkommen oft zu teuer. Eine Preiserhöhung würde diese Situation verstärken. Deshalb bitten wir Sie, sich neben der Erhaltung des 49-Euro-Tickets für ein bundesweit einheitliches Sozialticket für maximal 29 Euro für Azubis, Schüler:innen, Studierende und Menschen mit geringem Einkommen einzusetzen. Damit könnten Sie zeigen, dass Ihnen ein sozial-ökologischer Fortschritt wirklich etwas bedeutet.

Für uns sind eine Sicherstellung der Finanzierung des Deutschlandtickets über das Jahr 2025 hinaus sowie die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für einen zukunftsfähigen ÖPNV wichtige Signale. Nur langfristige und zusätzliche Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr werden ein höherwertiges Angebot, gerade im ländlichen Raum, ermöglichen.

Angesichts von allein fast 5,5 Milliarden Euro an Steuergeldern, die jedes Jahr für das Dienstwagenprivileg (zum Nutzen fast ausschließlich der einkommensstärksten zehn Prozent der Bevölkerung) ausgegeben werden, sollten Bund und Länder durchaus in der Lage sein, zusammen die rund drei Milliarden Euro für das Deutschlandticket zum Nutzen so vieler Menschen aufzubringen.

Um die vielen Potenziale des ÖPNV voll zu nutzen, müssen die aktuellen Debatten sowie die Erarbeitung des Ausbau- und Modernisierungspakts im engen Dialog mit der Zivilgesellschaft geführt werden. Wir stehen für Gespräche gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Richard Mergner